

## Arbeitsmarktpolitik

# Was ist dran an den „modernen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“?

Die als „Hartz-Gesetzgebung“ bekannten Gesetze zur aktivierenden Neuausrichtung der deutschen Arbeitsmarktpolitik tragen das Versprechen „moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ im Titel. Wie weit aber Dienstleistungsqualität eine ernst zu nehmende strategische Option für die Ausrichtung der öffentlich-rechtlichen arbeitsmarktpolitischen Institutionen (Bundesagentur, SGB II-Träger) darstellt, muss heute – gut vier Jahre nach Inkrafttreten der ersten drei „Hartz-Gesetze“ – als höchst ungesichert gelten: Der politische Diskurs hierzu ist wenig eindeutig und auch der Stand der Arbeitsmarktforschung auf diesem Gebiet ist in hohem Grade disparat.

Zwei sehr unterschiedlich angelegte Projekte aus dem SOFI-Forschungsschwerpunkt „Sozialmodell“ setzen hier an. Sie beschäftigen und beschäftigten sich mit der Frage, was „moderne Arbeitsmarktdienstleistungen“ ausmachen sollte und wie es um die Arbeitsverwaltung als Dienstleister tatsächlich bestellt ist.

Der „Monitor Arbeitsmarktpolitik“ ist ein von der Hans-Böckler-Stiftung und der Otto-Brenner Stiftung gefördertes Transferprojekt (siehe Kasten S.2). Es soll die Umsetzung der neuen Arbeitsmarktgesetze (Hartz I bis IV) kritisch begleiten, Ergebnisse aus der Evaluation dieser Gesetze problemorientiert kommentieren und den Stand der Arbeitsmarktforschung an gesellschaftliche Akteure vermitteln - insbesondere an Träger der Mitbestimmung. Re-Analyse und Aufbereitung der empirischen Forschung Dritter sowie die Identifizierung von Forschungslücken stehen hier im Zentrum. Als Medium des Transfers dienen vor allem die projekteigene Website ([monitor-arbeitsmarktpolitik.de](http://monitor-arbeitsmarktpolitik.de)), Newsletter, thematische Tagungen und Workshops sowie Referate auf arbeitsmarktpolitischen Veranstaltungen.

Bei dem zweiten - bereits abgeschlossenen - Projekt „Neue soziale Dienstleistungen nach SGB II“ handelt es sich um eine im Auftrag des IAB durchgeführte empirische „Konzeptstudie“ (siehe Kasten S. 3). Hier wurde an drei Standorten in der Bundesrepublik

### Inhalt :

<b>Titelthema:</b>	<b>Was ist dran an den „modernen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“?</b>	<b>1</b>
<b>Aus den Projekten:</b>	<b>Befragungsergebnisse: Wissenschaftliches Publizieren im Internet</b>	<b>5</b>
	<b>IT-Offshoring: Regulierung, Kooperation und Kontrolle in transnationalen Projektteams deutscher und indischer Unternehmen</b>	<b>8</b>
	<b>Neues SOFI-Projekt: Innovation und Mitbestimmung</b>	<b>11</b>
<b>Veröffentlichungen:</b>	<b>Auf dem Weg zur Energiewende</b>	<b>12</b>
	<b>Veröffentlichungen von SOFI- MitarbeiterInnen von Juni bis Dezember 2007</b>	<b>15</b>
	<b>Kurz notiert</b>	<b>14</b>
	<b>SOFI-Kolloquium</b>	<b>16</b>
	<b>Personalia</b>	<b>16</b>
	<b>Impressum</b>	<b>3</b>

Fortsetzung von S. 1

**Monitor Arbeitsmarktpolitik**

– ein Projekt zur wissenschaftlichen Begleitung der Umsetzung der Hartz-Gesetze I bis IV.

**Gefördert** von der Hans-Böckler-Stiftung und der Otto-Brenner Stiftung

**Laufzeit** (incl. bewilligter 2. Phase): 12/2005 bis 3/2009

**Projektteam:**

Dr. Peter Bartelheimer (SOFI),  
Dr. Volker Baethge-Kinsky (SOFI),  
Dr. Alexandra Wagner (FIA, Berlin)

**Website :**

monitor-arbeitsmarktpolitik.de

die Methode einer Längsschnittbeobachtung der Fallbearbeitung bei Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende erprobt. Der mögliche Erkenntnisgewinn und die Voraussetzungen für die Übersetzung in eine dann repräsentative Folgestudie wurden geprüft. Die empirischen Ergebnisse dieser Studie, in der die Bearbeitung von 20 Fällen „erwerbsfähiger Hilfebedürftiger“ über einen Zeitraum von 5 Monaten im Verlauf erfasst wurde, werden demnächst als IAB-Forschungsbericht erscheinen.

**Stand der bisherigen Arbeitsmarktforschung**

Für den unbefriedigenden Stand der bisherigen Arbeitsmarktforschung zur Qualität öffentlich-rechtlicher Vermittlung und Beratung zeichnen mehrere Gründe verantwortlich: Ein erster Grund liegt in der grundsätzlichen Ausrichtung der Evaluationsvorhaben zur neuen Arbeitsmarktpolitik. So konzentrierte sich die erste Generation der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) in Auftrag gegebenen Evaluationsprogramme auf die Umsetzung der vom Gesetzgeber formulierten Rahmenvorgaben für Vermittlungsprozesse. Untersucht wurde die Einführung neuer und die Modifizierung bestehender arbeitsmarktpolitischer Instrumente – auch im Hinblick auf ihre Wirksamkeit (Effektivität)

und ihren kostenbewussten Einsatz (Effizienz). Eigens auf die Qualität der Vermittlungsberatungsprozesse zielende Evaluationskriterien sucht man hier vergebens. Entsprechend findet sich in den Ergebnisberichten dieser Evaluation nur wenig an Befunden zur Prozessqualität der Vermittlungsdienstleistungen. Allerdings deuten insbesondere die Studien zum Umbau der Bundesagentur und zur Vermittlung zweierlei an: Zum einen hat sich danach die „Servicequalität“ verbessert, d.h. Anliegen Arbeitsuchender werden schneller bearbeitet, und sie erhalten schneller Termine für ungestörte Gespräche mit Fachkräften. Zum anderen aber gibt es Hinweise auf erhebliche Mängel in der Fallbearbeitung just an jenen Stellen, an denen die für eine Dienstleistungsbeziehung konstitutive Ko-Produzentenrolle der Arbeitsuchenden deren aktive Mitwirkung zwingend erfordert (z.B. bei der Eingliederungsvereinbarung). Vor diesem Hintergrund wird in den Resümees dieses Teils der Hartz-Evaluation betont, dass nunmehr die „Qualität der Vermittlung“ in den Mittelpunkt – sowohl der BA-Reorganisation als auch der Forschung – zu rücken habe.

**„Black Box“ der Fallbearbeitung**

Ein zweiter Grund liegt in Umfang und Anlage späterer Studien, die sich explizit mit der Qualität der Vermittlungsberatungsprozesse befassen.

Inzwischen gibt es einige wenige – vom IAB beauftragte – empirische Studien, die mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen einen Blick in die „Black Box“ der Fallbearbeitung im SGB III und im SGB II geworfen haben. Hinzu kommt noch die zweite, auf die Evaluation der sogenannten „Experimentierklausel“ im SGB II gerichtete Generation der Evaluation im Auftrag des BMAS. Das politische Erkenntnisinteresse gilt hier eigentlich der Frage, ob die Mischverwaltung der Arbeitsgemeinschaften (ARGen) von Agenturen für Arbeit und Kommunen oder



die nach § 6a SGB II zugelassenen kommunalen Träger das bessere Organisationsmodell der Grundsicherung für Arbeitsuchende abgeben. Doch immerhin wird in einem der vier Untersuchungsfelder ebenfalls die Fallbearbeitung – und damit auch die Art der Dienstleistungsbeziehung in den Blick genommen. Schließlich ist eine von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierte und vor kurzem vom iso-Institut Saarbrücken begonnene Stu-

**Impressum**

**Die Mitteilungen aus dem SOFI** erscheinen dreimal im Jahr.

**Herausgeber:** Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI) an der Georg-August-Universität Göttingen, Friedländer Weg 31, 37085 Göttingen, Tel.: (0551) 52205-0, E-Mail: [sofi@sofi.uni-goettingen.de](mailto:sofi@sofi.uni-goettingen.de), Internet: <http://www.sofi.uni-goettingen.de>

**Redaktion und Layout:** Dr. Martina Parge, PARGE PR

Die *Mitteilungen aus dem SOFI* sind auf der Website des SOFI ([www.sofi.uni-goettingen.de](http://www.sofi.uni-goettingen.de)) als PDF-Download erhältlich und können online auf der Webpage abonniert werden.

die zu erwähnen, die sich auf die Hospitation bei Vermittlungsprozessen von Arbeitsagenturen stützt. Jede der Studien weist freilich spezifische Stärken als auch Beschränkungen auf: So erlaubt die iso-Studie Einblicke in die Interaktion von Fachkräften und Adressat/innen in Agenturen für Arbeit: Sie zeigt laut Volker Hielscher, dass das beobachtbare Absinken fachlicher Qualifikationen der Vermittler/innen – etwa durch die wachsende Zahl von „Quereinsteiger/innen“ ohne grundlegende Ausbildung – durchaus funktional ist für die Art der Leistungserbringung, die nach dem betriebswirtschaftlich orientierten Umbau der Bundesagentur verlangt wird: weitgehend vorstrukturierte Vermittlungsberatungsprozesse, eng leitfadengestützte Gesprächsführung, Kundendifferenzierung und Zielbestimmung nach einfachen Schemata, standardisierter Produkteinsatz nach



eng vorgegebenen Handlungsprogrammen. Die SGB II-Evaluati-on verspricht – aus heutiger Sicht – aufgrund der hohen Zahl an einbezogenen Grundsicherungsträgern Auskunft über die Varianz von Interaktionsmustern zwischen Fachkräften und Adressat/innen, bekommt aber

als Querschnittsuntersuchung nur begrenzt die gesamte Fallbearbeitung und deren Verlauf in den Blick.

Allein die vom SOFI für das IAB durchgeführte Konzeptstudie nahm eine Längsschnittperspektive ein: die Fallbearbeitung und die hierzu stattfindenden Interaktionen zwischen Adressaten, Fachkräften des öffentlich-rechtlichen Trägers und sogenannten „Dritten“ (z.B. Bildungsträger) wurden – wenn auch zunächst nur für einen eng begrenzten Zeitraum – im Verlauf betrachtet. Aufgrund der Samplekonstruktion und des explorativen Designs der SOFI-Studie müssen die empirischen Befunde sicherlich mit aller Vorsicht interpretiert werden. Doch verweist die SOFI-Studie zum SGB II – hier durchaus im Einklang mit Befunden aus dem Bereich der Arbeitsagenturen – auf eine ganze Reihe von Problemen, die das Zustandekommen einer Dienstleistungsbeziehung zumindest erschweren: Hierzu zählen etwa ein Interaktionskontext sanktionsbewehrter „Zwangsberatung“, das durch hohe Fallzahlen einerseits und begrenzte zeitliche Ressourcen der Fachkräfte andererseits begründete Standardisierungsproblem oder die Schwierigkeiten einer – wie auch immer – arbeitsteiligen Fallbearbeitung und -zuständigkeit durch Vermittlungsfachkräfte, Sachbearbeiter/in-

nen und beauftragte Dritte; letztere erschwert es sowohl den Fachkräften, die Fäden im Fall in der Hand zu (be)halten als auch den Adressat/innen, sich zurecht zu finden.

**„Zwangskunden“ Arbeitssuchende?**

Ein dritter Grund für den disparaten Stand der Forschung liegt im theoretisch wie empirisch ungeklärten Verhältnis zwischen den Bedingungen für die Produktion einer „sozialen Dienstleistung“ und dem in gesetzliche und untergesetzliche Vorgaben gegossenen institutionellen Rahmen von „Aktivierung“. Peter Bartelheimer hat hierzu in einem Diskussionspapier zur Vorbereitung der Fachtagung „Gut beraten? Gut vermittelt?“ des Monitors Arbeitsmarktpolitik (siehe unten; Download unter: monitor-arbeitsmarktpolitik.de) die starke These formuliert, dass es letztlich nicht um ein Miteinander von Dienstleistungs- und Aktivierungsstrategie gehe, wie es die Prosa der Hartz-Kommission nahe lege. Es gehe vielmehr um die Entscheidung einer „strategischen Kontroverse“ zwischen fundamental unterschiedlichen Leitbildern, deren Verfolgung eine jeweils vollkommen andere Organisation der Leistungsprozesse bedinge. Also hier Arbeitssuchende als „Zwangskunden“, bei denen die Gewährung von Transferleistungen von einer Gegenleistung im Sinne eines bestimmten Suchverhaltens abhängig gemacht wird. Alle Arbeitssuchenden sind dabei in ein dichtes Netz strikter Kundensteuerung (Kundendifferenzierung, Eingliederungsvereinbarungen, verpflichtende Maßnahmezuweisung) bei vergleichsweise geringem Einsatz an personellen und qualifikatorischen Vermittlungs- und Beratungsressourcen eingebettet. Dort Arbeitssuchende und Arbeitgeber als Auftraggeber einer individuellen Beratungs- und Unterstützungsleistung; im Rahmen der Interaktion von Fachkräften und Adressaten sind beide Seiten mit eigenen Kompetenzen und Entscheidungsrechten ausgestattet, klären gemeinsam den Unterstützungsbedarf und legen den dafür nötigen Ressourceneinsatz fest. Selbst wenn in der zuletzt genannten Perspektive einer Dienstleistungsstrategie Beschrän-

**Neue soziale Dienstleistungen nach SGB II** – Konzeptstudie im Auftrag des IAB, Nürnberg

**Laufzeit:** 10/2005 bis 10/2006

**Projektteam:**  
Dr. Peter Bartelheimer (SOFI),  
Dr. Volker Baethge-Kinsky (SOFI),  
Dr. Rainer Land, Jutta Henke,  
Andreas Willisch, Andreas Wolf

**Veröffentlichungen:** Baethge-Kinsky, V./ Bartelheimer, P./ Henke, J. (2007): Fallbearbeitung im SGB II – Beobachtungen aus dem Inneren der „black box“; in: WSI-Mitteilungen, 60. Jg., Heft 2/2007: 70–77.

Projektbericht und weitere Materialien im Projektarchiv auf der SOFI-Website unter [www.sofi-goettingen.de/?id=693](http://www.sofi-goettingen.de/?id=693)

**Fortsetzung von S. 3**

kungen der von einem öffentlich-rechtlichen Träger erbrachten individuellen Unterstützung ebenso legitim sind wie der Einsatz von standardisierten Verfahren, von Kundendifferenzierung und Controlling: Solche Vorgehensweisen dürfen eine bedarfsgerechte Einzelfallhilfe oder das Handeln qualifizierter Fachkräfte nicht behindern. Tatsächlich spricht zumindest die vorhandene Empirie dafür, dass auf der Grundlage des „Aktivierungsleitbildes“ ein Ausmaß an Standardisierung und Schematisierung stattfindet, das einer individuellen Dienstleistung entgegensteht.

**Dienstleistungswille kontra Standardisierung**

Allerdings zeigen sich diese Widersprüche in den beiden Rechtskreisen der Agenturen für Arbeit (SGB III) und der Grundsicherung für Arbeitsuchende in verschiedener Ausprägung. Arbeitsuchende nach SGB III verfügen noch über eine Reihe konkreter Rechtsansprüche, insbesondere so lange sie Anspruch auf Versicherungsleistungen haben. Sie müssen diese jedoch in extrem standardisierten Verfahren geltend machen. Im Bereich der Grundsicherung ist die rechtliche Stellung der Adressat/innen noch unsicherer als in den Agenturen, während eine Vielzahl unterschiedlicher örtlicher



Verfahrensweisen der Standardisierung Schranken setzt und Experimentierspielraum auch für eine qualitätsorientierte Leistungserbringung lässt. Grundprobleme lassen sich dennoch hier wie dort beobachten: unvollständige Problem- und Bedarfsabfragen, im Eilverfahren und ohne echte Mitwirkung der Adressat/innen erstellte Eingliederungsvereinbarungen oder die nach einseitig erstellten, häufig subjektiv eingefärbten Eingliederungsprognosen getroffenen Entscheidungen über die zukünftige Kontakt- bzw. Beratungsdichte und den Einsatz von Arbeitsmarktmaßnahmen.

**Unterschiedliche Deutungen**

Eine vom Projektteam des Monitors Arbeitsmarktpolitik vorbereitete Fachtagung von Hans-Böckler- und Otto Brenner Stiftung unter dem Titel „Gut beraten? Gut vermittelt?“, die am 15./16. November 2007 in Berlin stattfand, zeigt, dass die gleichen Befunde in der Fachöffentlichkeit unterschiedlich gedeutet werden. Nimmt man die Intensität der Diskussion als Maßstab, so gibt es momentan weder einen politischen noch einen wissenschaftlichen Konsens darüber, wie in einem modernen Sozialstaat Arbeitsvermittlung institutionell gefasst werden muss und inwieweit der Staat schon für die Gewährung des sozio-kulturellen Existenzminimums eine Gegenleistung des Individuums einfordern und entsprechend massiv Entscheidungsrechte des Individuums beschneiden kann. Dies lässt sich an zwei Diskussionspunkten der Tagung zeigen, an der Wissenschaftler/innen aus den verschiedenen Evaluationsvorhaben, Vertreter/innen von Ver-

bänden und Gewerkschaften sowie Fachkräfte der Arbeitsverwaltung und Erwerbslose bzw. Erwerbsloseninitiativen teilnahmen:

- Unter Verweis auf die Forschung zu „Aktivierungsregimes“ in anderen Ländern wurde der im Eingangspapier der Tagung als grundsätzlich diagnostizierte Widerspruch zwischen dem gesetzlichen Aktivierungsauftrag und dem Dienstleistungsanspruch angezweifelt und als „normativ“ bezeichnet. Die bisherige Empirie für Deutschland zeige vielmehr eine große Vielfalt unterschiedlicher „Aktivierungsregimes“ auf. Schon früher habe es „Zwangselemente“ wie z.B. die Zumutbarkeitsre-

geln gegeben. Ganz ohne Zwang – so die Botschaft der Veranstaltung – können sich weder das Gros der Arbeitsmarktforscher/innen noch manche Gewerkschaftler/innen den Umgang mit Arbeitslosen und Hilfebedürftigen vorstellen.

- Dass die bislang beobachtete Praxis den Vorstellungen von einer dienstleistungsorientierten Vermittlung kaum entspricht und insbesondere mit einem Konzept individueller „Beratung“ kollidiert, wurde auf der Abschlussdiskussion der Veranstaltung zu einem Zukunftsentwurf „guter Vermittlung“ ebenfalls deutlich: So waren sich die Beteiligten weitgehend darüber einig, dass Beratung zwingend einer sanktionsentlasteten Interaktionssituation bedarf. Wie dies geschehen könne, ohne dass man vollständig den Boden des Aktivierungsparadigmas verlässt, beschäftigte die Phantasie vieler: So wurde die Lösung des „Beratungsproblems“ überwiegend darin gesucht, zeitliche Phasen sanktionsentlasteter Arbeitsuche und Vermittlungsberatung zu definieren.

**Diskussion über bedarfsorientierte Beratung noch am Anfang**

Die Diskussion zeigt, wie sehr – nicht zuletzt aufgrund massiver Forschungslücken im Bereich der Vermittlungsberatung – die Diskussion um eine moderne öffentlich-rechtliche Arbeitsvermittlung noch am Anfang steht. Sie zeigt aber auch, was „anwendungsorientierte Grundlagenforschung“ nach dem Selbstverständnis des SOFI zur Klärung dieser Frage beitragen kann. Arbeitsmarktdienstleistungen bezeichnen einen Forschungsgegenstand, der sowohl normative Klärungen im gesellschaftlichen Diskurs als auch genaue Beobachtung mittels empirischer Sozialforschung erfordert.

Als SOFI Discussion Paper in Vorbereitung: *Peter Bartelheimer*: Aktivierungs- oder Dienstleistungsstrategie – Überlegungen zu Widersprüchen in der Bearbeitung von Arbeitslosigkeit nach SGB II.

## Ergebnisse einer WissenschaftlerInnen-Befragung Wissenschaftliche Publikationen im Internet

Mit dem Internet bieten sich neue Möglichkeiten für die wissenschaftliche Kommunikation. Wissenschaftliche Publikationen (Aufsätze, Sammelbände oder Monographien) werden heute nahezu ausschließlich in Form digitaler Dateien erstellt. Damit steht dem Online-Zugriff auf diese Veröffentlichungen technisch nichts mehr im Wege. Ein derart erleichterter Zugang zu Publikationen



entspricht zudem den Normen des Wissenschaftssystems, wonach wissenschaftliche Ergebnisse nur dann mit Anerkennung rechnen dürfen, wenn sie der Scientific Community verfügbar gemacht werden. Wissenschaftliches Wissen ist in diesem Sinne ein öffentliches Gut, von dessen Nutzung niemand ausgeschlossen werden kann.

Diesem freien Zugang stehen allerdings die etablierten Funktionsprinzipien des wissenschaftlichen Publikationssystems entgegen. Denn die physische Produktion und Verbreitung von wissenschaftlichen Publikationen liegt traditionell in der Hand von Verlagen, die die Herstellung und den Vertrieb von Zeitschriften, Sammelbänden und Monographien als Geschäftsfeld betreiben. Wissenschaftliches Publizieren ist in dieser Perspektive eine kommerzielle Aktivität, die Publikation selbst eine Ware, von deren Nutzung alle diejenigen ausgeschlossen werden, die nicht dafür zu zahlen bereit oder in der Lage

sind. Dieser Warencharakter ändert sich auch dann nicht, wenn Veröffentlichungen digital oder als Online-Versionen verfügbar gemacht werden, da deren Nutzung lizenz- und kostenpflichtig ist. Paradoxerweise haben Veränderungen in der Verlagswelt (Konzentration von Verlagsunternehmen in Verbindung mit höheren Renditeerwartungen der Anleger) dazu geführt, dass insbesondere hochran-

gige Zeitschriften ausgerechnet in einer Zeit stark im Preis gestiegen sind, in der das Internet günstige Verbreitungsmöglichkeiten eröffnet. Dies strapaziert vor allem die Budgets der Bibliotheken. Es erschwert nicht nur die Versorgung der Scientific Community, sondern hat einen wachsenden Widerstand der Wissenschaft (z.B. der Max-Planck-Gesellschaft, der DFG, der Universitäten) dagegen hervorgerufen, ihren eigenen Output gleichsam von den kommerziellen Verlagen „zurückkaufen“ zu müssen.

derstand der Wissenschaft (z.B. der Max-Planck-Gesellschaft, der DFG, der Universitäten) dagegen hervorgerufen, ihren eigenen Output gleichsam von den kommerziellen Verlagen „zurückkaufen“ zu müssen.

### Forderung nach Open Access

Nicht zuletzt als Reaktion auf diese Situation hat die Forderung nach Open Access, d.h. nach freiem Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen im Internet an Bedeutung gewonnen. Open Access wird dabei in unterschiedlicher Weise realisiert. Am Beispiel von Zeitschriften: Entweder in der Form, dass kostenfrei online zugängliche Open-Access-Journale neben oder alternativ zu etablierten Journalen entstehen (die sog. „golden road“). Oder in der Form, dass die AutorInnen ihre in etablierten, kostenpflichtig zu beziehenden Zeitschriften veröffentlichten Aufsätze auf ihrer Homepage als Datei zum kostenlosen Download zur Verfügung stellen (die sog. „green road“).

### Informationen zum Projekt

**Titel:** Wissenschaftliches Publizieren im Internet: Bilden sich neue Institutionen im Wissenschaftssystem heraus?

**Gefördert** vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Forschungsverbundes Mediaconomy

**Projektverantwortlich:**  
Prof. Dr. Volker Wittke

**Projektbearbeiterin:**  
Dipl.-Sozialwirtin Heidemarie Hanekep

**Laufzeit:** 6/2003 – 12/2007

**Publikationen:**  
*Hanekep, Heidemarie; Wittke, Volker (2006):* Das wissenschaftliche Journal und seine möglichen Alternativen: Veränderungen der Wissenschaftskommunikation durch das Internet. In: Hagenhoff, Svenja (Hrsg.): Internetökonomie in der Medienbranche. Göttingen.

*Hanekep, Heidemarie; Wittke, Volker (2007):* Der Einfluss des Internets auf die Rekonfiguration des Systems wissenschaftlichen Publizierens. In: Dolata, Ulrich/Werle, Raymund (Hrsg.): Gesellschaft und die Macht der Technik: Sozioökonomischer und institutioneller Wandel durch Technisierung. Frankfurt a.M.

Erste Ergebnisse der WissenschaftlerInnenbefragung wurden auf der Jahrestagung der Gesellschaft für Wissenschafts- und Technikforschung (GWTF) am 23/24.11.2007 in Bielefeld präsentiert:

*Hanekep, Heidemarie; Wittke, Volker:* Open Access Publikationsformen in der Wissenschaft im Spannungsverhältnis zwischen freier Verbreitung und etablierten Mechanismen der Reputationsverteilung.

**Website des Projekts:**  
[www.sofi-goettingen.de/index.php?id=659](http://www.sofi-goettingen.de/index.php?id=659)



**Fortsetzung von S. 5**

Damit kommt den Publikationsstrategien der AutorInnen eine Schlüsselrolle für die Durchsetzung eines freien Online-Zugangszu wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu. Eine verbreitete Auffassung besagt, dass die Anreize für AutorInnen, open access zu veröffentlichen, solange gering sind, solange wissenschaftliche Reputation nach wie vor vor allem durch Publikation in etablierten hochrangigen – und d.h. in der Regel: kommerziellen – Journalen oder durch Veröffentlichung von Monographien in etablierten Fachverlagen erzielt wird. Dem wird entgegengehalten, dass sich die Formen der Rezeption wissenschaftlicher Literatur mittlerweile deutlich verändert haben. Weil WissenschaftlerInnen als LeserInnen zunehmend das Internet zur Suche nach und für den Zugriff auf Literatur nutzen, würden leichter zugängliche Open-Access-Publikationen von der Scientific Community stärker wahrgenommen und rezipiert, was höhere Reputation zur Folge hätte. WissenschaftlerInnen, die auf Open Access verzichten, würden demnach Nachteile hinsichtlich ihrer Sichtbarkeit und der Rezeption ihrer Ergebnisse riskieren. Empirische Studien zu veränderten Rezeptions- und Publikationsstrategien liefern widersprüchliche Befunde (DFG-Studie 2005).

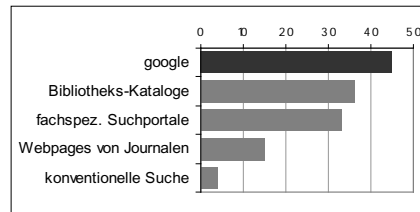
**Online-Befragung von WissenschaftlerInnen**

Um diese Veränderungen genauer zu untersuchen, hat das SOFI zwischen Juli und November 2007 eine Befragung von WissenschaftlerInnen in Bielefeld, Göttingen, Stuttgart und Karlsruhe durchgeführt. Das Sample bestand aus insgesamt 6.400 WissenschaftlerInnen in ausgewählten Fachrichtungen an diesen Standorten (Universitäten, MPI, Fraunhofer-Institute und andere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen). Bis Ende November lagen rund 1.800 auswertbare Fragebögen vor (Rücklaufquote 28%). Ein Viertel der Antwortenden sind ProfessorInnen oder PrivatdozentInnen, knapp 40% erfahrene (d.h. in der Regel promovierte) WissenschaftlerInnen und 35% junge WissenschaftlerInnen.

**Veränderung der Rezeptionsstrategien durch das Internet**

Wir haben die WissenschaftlerInnen gefragt, wie sie nach Veröffentlichungen suchen, wie sie sich in ihrem Fachgebiet auf dem Laufenden halten und welchen Zugang sie zu den (Voll-) Texten haben, die sie lesen wollen. Bemerkenswert ist, wie weitreichend sich bei der gezielten Suche nach Literatur digitale Suchmöglichkeiten durchgesetzt haben. Nur noch in Ausnahmefällen wird konventionell in Regalen und Archiven gesucht. Auch Bibliothekskataloge sind längst über das Internet zugänglich. Überraschend ist allerdings, dass ihre Bedeutung für die gezielte Suche nach Literatur im Vergleich mit Suchmaschinen wie „google“ zurück fällt. Mittlerweile wird „google“ hierfür häufiger genutzt als Kataloge. (Abb.1)

**Abb. 1:** Wie suchen Sie nach Literatur, welche Suchmöglichkeiten nutzen Sie sehr häufig?



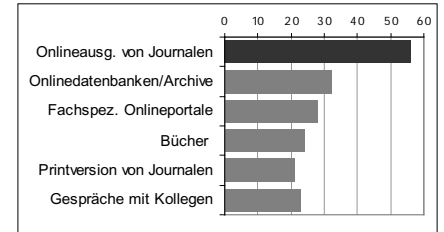
„sehr häufig“ in %, Mehrfachnennungen möglich (n= 1720)

Ausgeprägt sind Unterschiede zwischen den Fachdisziplinen. So dominieren in den Lebenswissenschaften bei der Suche nach internationalen Zeitschriftenaufsätzen fachspezifische Suchportale (80%); in der Informatik, Mathematik und Physik sucht man bevorzugt mittels „google“ (55%) oder in fachspezifischen Archiven. Demgegenüber spielen Bibliothekskataloge vor allem in den stärker monographieorientierten Geisteswissenschaften eine dominante Rolle. In den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften liegen Bibliothekskataloge und „google“ gleichauf.

Anders gestaltet sich die Suche, wenn es darum geht, sich über Entwicklungen im eigenen Forschungsfeld kontinuierlich auf dem Laufenden zu

halten. Die Mehrheit der WissenschaftlerInnen nutzt hierzu am häufigsten die Onlineversionen der in ihrem Forschungsfeld relevanten Journale.

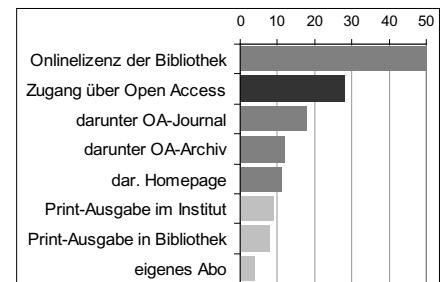
**Abb. 2:** Um sich auf dem Laufenden zu halten, wie häufig nutzen Sie ...?



„sehr häufig“ in %, Mehrfachnennungen möglich (n= 1720)

Gefolgt wird diese Option von der Nutzung fachspezifischer Onlinedatenbanken und Onlineportale. Im Unterschied zur gezielten Suche sind für ein Viertel der befragten WissenschaftlerInnen auch Bücher eine sehr häufig genutzte Quelle, um sich auf dem Laufenden zu halten. Dies betrifft insbesondere die Disziplinen, in denen vorwiegend in Monographien publiziert wird (80% bei HistorikerInnen). In einigen Disziplinen werden auch Printversionen der Journale für die regelmäßige Sichtung neuer Forschungsergebnisse häufig genutzt. Der Vorteil liegt hier darin, dass man besser im Text blättern und querlesen kann. Bei der Suche nach Publikationen im Internet haben WissenschaftlerInnen das Bedürfnis, auch online auf den (Voll-) Text zuzugreifen. Verlage kommen diesem Bedarf nach, indem sie ihre Journale i.d.R. auch als Online-Versionen anbieten. Die Hälfte aller WissenschaftlerInnen nutzen diese Online-Versionen für den Zugriff auf (Voll-)Texte (Abb. 3).

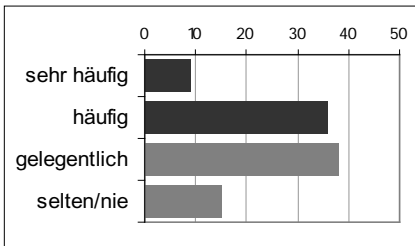
**Abb. 3:** Wie kommen Sie an die Aufsätze, die Sie lesen wollen?



„sehr häufig“ in %, Mehrfachnennungen möglich (n= 1720)

Die Voraussetzung hierfür ist freilich, dass ihre Bibliothek über die Online-Lizenz des entsprechenden Journals verfügt, was keineswegs immer der Fall ist. Fast die Hälfte der Befragten beklagen, dass fehlende Lizenzen sie häufig oder sehr häufig am Online-Zugang zum (Voll-) Text hindern (dunkle Balken in Abb. 4).

**Abb. 4:** Wie häufig kommt es vor, daß Sie auf die Online-Version eines Aufsatzes nicht zugreifen können, weil es keine Lizenz gibt?



in % (n=1650)

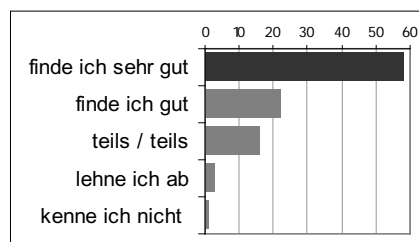
Dies macht deutlich, wie wichtig Open Access für den Zugang zu Zeitschriftentexten ist. Fasst man die unterschiedlichen Varianten der Nutzung von Open Access (Open Access Journale, Archive und Dateien auf den Homepages der AutorInnen) zusammen, so gelangen mittlerweile knapp 30% der WissenschaftlerInnen „sehr häufig“ auf diese Weise an ihre Zeitschriftenaufsätze (Abb. 3). Demgegenüber werden Printversionen der Journale nur noch von einer Minderheit der Befragten „sehr häufig“ als Zugangsweg zum Volltext von Zeitschriftenpublikationen genutzt.

Unsere Ergebnisse zeigen: Für die Suche nach wissenschaftlichen Publikationen stellt das Internet mittlerweile das zentrale Instrument dar. Was Zeitschriften anbelangt, ist das Internet sogar der dominierende und stärker noch der präferierte Zugangsweg zu den Volltexten. Allerdings werden die Möglichkeiten dieses Online-Zugriffs gegenwärtig durch die erforderlichen Lizenzen der Wissenschaftsverlage limitiert. Die Reichweite, in der einzelne WissenschaftlerInnen online auf Volltexte zugreifen können, hängt damit stark von der Lizenz-Ausstattung ihrer Bibliothek ab.

### Publikationsstrategien von WissenschaftlerInnen

Angesichts der zunehmenden Bedeutung der Sichtbarkeit und Zugänglichkeit von Publikationen im Internet wäre zu erwarten, dass Open Access in den Publikationsstrategien eine Rolle spielt. Dieser Erwartung entspricht, dass die überwältigende Mehrheit der Befragten die Forderung nach freiem Zugang unterstützt (Abb. 5).

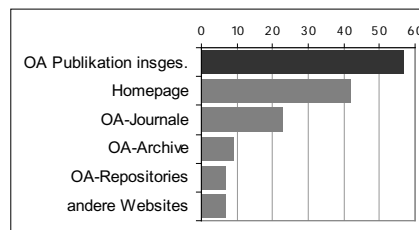
**Abb. 5:** Was halten Sie grundsätzlich von der Forderung nach kostenfreiem Zugang zu allen wissenschaftlichen Publikationen (Open Access)?



in % (n=1680)

Und immerhin die Hälfte der von uns befragten WissenschaftlerInnen macht eigene Veröffentlichungen frei im Internet zugänglich (dunkler Balken in Abb. 6). Hinzu kommen noch etwa 10%, die dies für die unmittelbare Zukunft planen. Allerdings ist der Stellenwert, den Open Access in den Publikationsstrategien einnimmt, geringer als diese Zahlen nahe legen.

**Abb. 6:** Anteil der WissenschaftlerInnen, die eigene Veröffentlichungen frei zugänglich machen (Open Access)



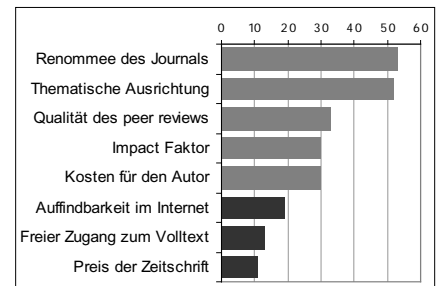
in % (n= 1680)

Zwar stellen über 40% der befragten WissenschaftlerInnen eigene Veröffentlichungen auf ihrer Homepage oder der ihres Instituts frei zur Verfügung (Abb. 6). Fragt man allerdings nach, ob sie auch ihre wichtigsten Publikationen online stellen, reduziert sich der Anteil auf 20%. Eine

Ausnahme bilden hier Disziplinen wie Informatik, Mathematik oder Physik, in denen auch wichtige Veröffentlichungen (d.h. auch publizierte Aufsätze, sog. „post-prints“) online frei zugänglich sind.

Fragt man nach den Kriterien, nach denen WissenschaftlerInnen ihre Publikationsentscheidungen treffen, spielt die Frage des freien Zugangs im Internet bisher nur eine untergeordnete Rolle (dunkle Balken in Abb. 7). Man orientiert sich überwiegend an den Kriterien, nach denen wissenschaftliche Anerkennung verteilt wird; also vor allem am Renommee des Journals bzw. an dessen Impact-Faktor. Die Ausrichtung an diesen Faktoren wird durch die in den gängigen Evaluationsverfahren verwendeten Kriterien verstärkt.

**Abb 7:** Wenn Sie einen Beitrag in einer Zeitschrift veröffentlichen wollen, wie wichtig sind Ihnen dabei die folgenden Kriterien?



„sehr wichtig“ in % (nur AutorInnen, n=1612)

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass Open Access in den Publikationsstrategien zwar ein zunehmender, bislang freilich nach wie vor begrenzter Stellenwert zukommt. Dies steht im Kontrast zur ungleich größeren Bedeutung, den die Internet-Suche und der Online-Zugriff auf wissenschaftliche Publikationen für die Rezeption wissenschaftlicher Literatur mittlerweile haben. Da in der Wissenschaft das Rezeptionsverhalten zentral für die wissenschaftliche Anerkennung (Reputation) ist, geht unsere Vermutung allerdings dahin, dass die Sichtbarkeit und die freie Online-Zugänglichkeit der eigenen Veröffentlichungen für die Publikationsstrategien von WissenschaftlerInnen zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen werden.

# ■ Arbeit in Zeiten des Offshoring Regulierung, Kooperation und Kontrolle in transnationalen

## IT-Offshoring – Grund zur Sorge?

„Offshoring“, also die Verlagerung von Arbeitsaufgaben oder Arbeitsplätzen in weit entfernte Weltregionen, ist in aller Munde. Zunächst machten vor allem Industriekonzerne von sich reden, indem sie dezentrale Produktionsnetzwerke aufbauten. Inzwischen hat jedoch die Aussicht auf billige Arbeitskräfte, neue Talente und erweiterte Märkte auch Anbieter hochqualifizierter Service-Tätigkeiten veranlasst, sowohl Arbeitspakete an Subunternehmer „am anderen Ende der Welt“ zu vergeben (Offshore-Outsourcing), als auch eigene Niederlassungen an neuen Standorten zu eröffnen (Captive Offshoring).

Speziell im IT-Sektor, der im Bereich der Hardwareproduktion bereits auf eine längere Offshoring-Geschichte zurückblickt, experimentieren viele Firmen schon seit Jahren mit transnational erbrachten Dienstleistungen, besonders im Bereich Software-Programmierung und IT-Services. Für westliche Beobachter ist dies in vielerlei Hinsicht ein Schock – wurden solche hochqualifizierten Dienstleistungen doch immer als Beispiel für angeblich „verlagerungsresistente“ und somit den „Standort Deutschland“ sichernde Tätigkeiten angeführt. Wenn nun aber selbst IT-Arbeit in Ländern wie z.B. Indien erbracht werden kann – welcher Arbeitsplatz ist dann in Deutschland überhaupt noch sicher?

Die „Globalisierungsphantasien“ neoklassischer Ökonomen, denen zufolge Unternehmen sich weitgehend unabhängig von spezifischen Standorten über den Erdball bewegen und damit letztlich einen Weltarbeitsmarkt schaffen, dessen (sinkende) Standards die Löhne und Arbeitsbedingungen (auch in Deutschland) unterminieren, werden zunehmend für bare Münze genommen. Die Drohung von Unternehmen, im Falle kostentreibender Rechtsetzung oder missliebigen Gewerkschaftsverhaltens den „Standort

Deutschland“ zu verlassen, erscheinen vor diesem Hintergrund als realistisches Szenario.

## Arbeit im Zentrum deutsch-indischer und indisch-deutscher Verlagerung

Gerade angesichts dieser enormen politischen Sprengkraft des Themas halten wir eine empirische Analyse des Phänomens IT-Offshoring für notwendig. Dabei stellen wir gängige Auffassungen in doppelter Hinsicht in Frage: Zum einen gehen wir in unserem

zwischen den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Besonderheiten verschiedener Standorte auf den Umgang mit Arbeit innerhalb eines transnational operierenden Unternehmens auswirken und inwiefern unter diesen Bedingungen eine funktionierende transnationale Kooperation und Kontrolle sicher gestellt werden kann, letztlich auch darüber entscheiden, welche Arbeitsaufgaben wo erledigt werden. Geht man derart über das „Hauptsache billig“-Argument hinaus, so erscheinen Unternehmensstandorte nicht mehr ohne weiteres

# IT-Offshoring



– seit Mai 2006 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten – Projekt davon aus, dass Verlagerung nicht nur von den Zentren in die Peripherie kapitalistischer Produktion erfolgt, sondern auch in umgekehrter Richtung. Entsprechend untersuchen wir nicht nur ein deutsches IT-Unternehmen und dessen Niederlassung in Bangalore (Südindien), sondern gleichzeitig ein indisches Unternehmen und dessen Niederlassung im Rhein-Main-Gebiet (Deutschland).

Zum anderen richten wir unseren Fokus ausdrücklich auf Arbeit: Immerhin dürfte die Frage, wie sich Unterschiede

auswechselbar. Stattdessen stellt sich zum Beispiel die Frage, welche Art von Arbeitskraft an einem spezifischen Standort überhaupt produziert und reproduziert werden kann; ob und wie es Unternehmen dort gelingt, Arbeitskräfte zu gewinnen und längerfristig zu halten; welche Art von Kooperation man zwischen verschiedenen Teilen transnationaler Projektteams aufbauen kann; ob die etablierten Kooperations- und Kontrollmechanismen des Mutterunternehmens exportiert werden (können) oder sich vor Ort spezifische neue Formen entwickeln, die unter Umständen auch auf die organisatorischen Standards



## Projektteams deutscher und indischer IT-Konzerne

des Stammhauses zurückwirken und sie verändern. Kurz gesprochen: Man muss sich mit standortspezifischen Regulierungsstrukturen und –prozessen auseinandersetzen, weil – so unsere Annahme – Arbeit in Zeiten des „Offshoring“ eben nicht nur durch die Einbindung in transnationale Unternehmensstrukturen, sondern auch durch ihre Einbindung in standortspezifische Produktions- und Reproduktionsregime geprägt ist.

In unserer Untersuchung wird dieses Spannungsverhältnis offensichtlich. Es durchzieht auch unsere Interviews mit Management und Beschäftigten von deutsch-indischen bzw. indisch-deutschen Projektteams in einer deutschen (Software-)Produkt- und einer indischen IT-Service-Firma. Beide Unternehmen geben an, keinerlei arbeitsorganisatorische Unterschiede zwischen ihren deutschen und indischen Produktionsstätten zu machen, sondern eine weltweit einheitliche Arbeitseinsatzstrategie an allen Standorten zu verfolgen. Und doch ist transnationale Projektarbeit auch in diesen Firmen durch das Auseinanderklaffen der Arbeitsrealitäten vor Ort geprägt. Ein kurzes Beispiel mag dies verdeutlichen.

### **Transnationaler Konzern – standortspezifisches (Re-)Produktionsregime**

Betrachtet man etwa die Arbeit der indischen Programmierer/innen in beiden Firmen, so fällt auf, dass diese viel kleinteiliger zugewiesen und kontrolliert wird, als bei ihren deutschen Kolleg/innen, mit denen sie innerhalb transnationaler Projektstrukturen direkt zusammenarbeiten. Managementpraktiken unterscheiden sich. Insbesondere Prozessbeschreibungen sowie Standardvorgaben für die Arbeitsverrichtung spielen eine wesentlich größere Rolle als in den jeweiligen deutschen Niederlassungen. Diese arbeitsorganisatorischen Unterschiede reflektieren teilweise den simplen Sachverhalt, dass Beschäf-

tigte beider Unternehmen in Indien im Schnitt sehr viel jünger und daher zumeist auch unerfahrener sind als in Deutschland. Zudem haben indische Hochschulabsolvent/innen, auf die beide Firmen fast ausschließlich zurückgreifen, ein anderes Qualifikationsprofil als ihre deutschen Kommiliton/innen: Die meisten von ihnen sind zwar Ingenieure (engineers), aber nicht unbedingt auf Informationstechnologie spezialisiert. Entsprechend kann ihre Arbeitskraft noch weniger als in Deutschland umgehend in den Produktionsprozess eingehen. Dies ist ein wichtiger Grund dafür, dass innerbetriebliche Ausbildung in den indischen Niederlassungen unserer beiden Untersuchungsfirmen weit größere Bedeutung hat als in den deutschen. Zudem hat der Mangel an IT-spezifischem Breiten- und Tiefenwissen Auswirkungen auf die Art der Arbeitsaufgaben, für die solche Hochschulabsolvent/innen herangezogen werden sowie für den Zuschnitt von Stellen, die üblicherweise geringere fachliche Spezialisierung von Beschäftigten voraussetzen als in Deutschland. Für indische Beschäftigte bedeutet dies, dass viele von ihnen dazu neigen, sich durch häufige Jobwechsel ein überbetrieblich verwendbares Qualifikationsprofil zu verschaffen und damit ihre Beschäftigungsfähigkeit zu sichern. Dies trägt sicherlich zu den berüchtigt hohen Fluktuationsraten bei, die als wesentlicher „Standortnachteil“ von Bangalore gelten. Immerhin hat die Tatsache, dass indische Beschäftigte sowohl bereit als auch in der Lage sind, (wie es sprichwörtlich heißt) schon „für ein paar Rupees“ die Firma zu wechseln, die Konkurrenz um qualifizierte Beschäftigte erhöht und zu den rapiden Gehaltssteigerungen im IT-Sektor beigetragen, für die nicht zuletzt Bangalore steht.

Zudem ist Arbeitsorganisation in den indischen Niederlassungen unserer Untersuchungsunternehmen dadurch geprägt, dass indische Beschäftigte meist erst Anfang Zwanzig sind, wenn sie ihre ersten Arbeitsstellen

### **Informationen zum Projekt:**

#### **Titel :**

Einbettung des „Offshoring“. Zur Bedeutung der Qualität von Arbeitsverhältnissen in transnationalen IT-Unternehmen

#### **Projektverantwortlich:**

Prof. Dr. Volker Wittke

#### **Projektbearbeiter:**

Dr. Nicole Mayer-Ahuja, Patrick Feuerstein M.A.

**Gefördert** durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

**Laufzeit:** seit Mai 2006

#### **Publikationen:**

Nicole Mayer-Ahuja (2006): IT-Arbeitsverhältnisse unter Bedingungen globaler Wirtschaftsintegration. Eindrücke von Veränderungen des indischen Gesellschafts- und Produktionsmodells, in: SOFI-Mitteilungen 34, S. 43-51.

Patrick Feuerstein (2007): Processing People? A Labour Sociologist's Perspective on Risk Management in IT-Offshoring Projects, Paper, präsentiert auf dem „Workshop on Offshoring of Software Development – Methods and Tools for Risk Management“, der im Vorfeld der International Conference on Global Software Engineering (ICGSE) 2007 in München stattfand.

Nicole Mayer-Ahuja / Patrick Feuerstein (2007): IT-labour goes offshore: Regulating and managing attrition in Bangalore. SOFI Working Paper 2007–2. Göttingen: SOFI.

#### **Website des Projekts:**

<http://www.sofi.uni-goettingen.de/index.php?id=641>

**Fortsetzung von S. 9**

antreten. Entsprechend sind die meisten von ihnen allein stehend: Dass in den indischen Teilen der von uns untersuchten Projektteams sehr viel länger und flexibler gearbeitet werden kann als in den deutschen, erklärt sich unter anderem auch damit, dass indische Beschäftigte nach eigenen Aussagen ihre Nächte und Wochenenden lieber im Büro verbringen als in teilweise recht unattraktiven „Junggesellenquartieren“. Verstärkend kommt hinzu, dass viele von ihnen aus anderen Teilen Indiens in IT-Zentren wie Bangalore strömen und dort zunächst keinerlei soziale Netzwerke außerhalb der Arbeit haben.

Schließlich führt die Tatsache, dass die vorwiegend jugendlichen Beschäftigten der indischen Niederlassungen – auch angesichts des Fachkräftemangels in Bangalore – schnelle und regelmäßige Beförderungen erwarten, zu Unterschieden zwischen dem innerbetrieblichen Hierarchiegefüge in deutschen und indischen Niederlassungen. Immerhin erwarten viele indische Beschäftigte spätestens alle drei Jahre eine Beförderung, während man zum Beispiel im deutschen Stammhaus der Produktfirma auf flache Hierarchien und fachliche Weiterentwicklung setzt, aber kaum formale Beförderungen vornimmt. Für indische Beschäftigte ist das Ausbleiben von Beförderungen jedoch ein Kündigungsgrund – entsprechend erfolgen sie in der indischen Niederlassung deutlich schneller als in Deutschland, und teilweise wurden sogar neue „Zwischenstufen“ geschaffen. Das Ergebnis sind Spannungen innerhalb transnationaler Projektteams, wenn zum Beispiel indische Projektleiter faktisch von „einfachen Entwicklern“ auf deutscher Seite angeleitet werden, die zwar nicht qua Titel einer höheren Hierarchiestufe zugeordnet sind, aber über langjährige Berufserfahrung und fachliche Expertise verfügen. Im deutschen Projektteil fühlt man sich

in solchen Konstellationen teilweise von den rapide „aufsteigenden“ indischen Kolleg/innen „überholt“ – im indischen Projektteil hingegen kommt es zu Unzufriedenheit, weil Titel von deutschen Kolleg/innen nicht ernst genommen werden.

**Wissenschaftliche und politische Konsequenzen**

Kurz und gut: Schon ein flüchtiger Blick auf die Realität transnationaler Projektarbeit macht deutlich, dass die betriebliche Organisation von Arbeit stark durch Produktions- und Reproduktionsregime verschiedener Standorte geprägt ist. Die obigen Bemerkungen verweisen etwa auf die Produktion von Arbeitskraft im indischen Schul- und Hochschulsystem;



auf die rechtliche Regulierung von Arbeitsmarkt und Arbeitsverhältnissen, die im Gegensatz zu deutschen Standards von Dauerbeschäftigung, sozialversicherungskompatiblen Berufsbiographien und Senioritätsaufstieg steht und Kurz- statt Langfristigkeit fördert; auf Familienstrukturen, Standards von Arbeits- und Freizeitgestaltung und

Statusvorstellungen in den indischen Mittelschichten usw., die der Arbeit im transnationalen IT-Konzern vor Ort ein ganz spezifisches Gepräge geben. Allein die hier angedeuteten Unterschiede in Strategien zur Kontrolle des Arbeitsprozesses sprechen dafür, dass das Management der beiden von uns untersuchten Unternehmen weder das Ideal einer weltweit einheitlichen Arbeitseinsatzstrategie verwirklichen kann, noch unbegrenzte Wahlmöglichkeiten hat, wie Arbeit an welchem Standort organisiert werden soll.

In wissenschaftlicher Hinsicht bedeutet dies, dass wir die Regulierung von Arbeit als Kraftfeld begreifen müssen, in dem wirtschaftliche, staatliche und gesellschaftliche Strukturen und Prozesse zusammenwirken und standortspezifisch unterschiedliche Formen ausbilden. Dieser zunächst rein „forschungstechnisch“ klingende Befund ist allerdings von unmittelbar praktischer Bedeutung: Wenn IT-Konzerne sich derart weitgehend auf einen Standort einlassen müssen, um die dort vorfindliche Arbeitskraft gewinnen, halten und effektiv in Produktionsprozesse einbinden zu können, relativiert sich ihre – gemeinhin unterstellte – räumliche Mobilität beträchtlich. Darüber hinaus ist die Frage, wie IT-Beschäftigte in den außereuropäischen Niederlassungen europäischer Konzerne arbeiten und leben, welche Perspektiven sie mit diesem Job verbinden und welche Interessen sie für vertretungswürdig halten, von unmittelbarer Relevanz für Gewerkschaften, die sich nicht darauf beschränken, deutsche Belegschaften gegen „Billigkonkurrenz“ zu verteidigen. Wenn Unternehmen zunehmend transnational operieren, geht am Aufbau transnationaler Interessenvertretungsstrukturen kein Weg vorbei. Vielleicht trägt unsere Arbeit dazu bei, diese schwierige Aufgabe zu erleichtern, indem sie Konfliktkonstellationen und Potenziale transnationaler Solidarität erkennbar macht.

## ■ Betriebliche Mitbestimmung als „Innovationsbremse“? Neues SOFI-Projekt: Innovation und Mitbestimmung

Ein neues, im August dieses Jahres angelaufenes, SOFI-Projekt geht dem Zusammenhang zwischen Innovationsarbeit und Mitbestimmung nach. Das Projekt wird von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert und von Volker Wittke und Jürgen Kädtler geleitet. Es ist eines unter mehreren Projekten, die die Hans-Böckler-Stiftung ausgeschrieben hat, um das Verhältnis von Innovation und Mitbestimmung aus unterschiedlichen Perspektiven und mit unterschiedlichen disziplinären Zugriffen empirisch zu erforschen.

### Innovationsfähigkeit als Wettbewerbsfaktor

In der Diskussion über die Zukunftsaussichten für Arbeit und Beschäftigung in Deutschland hat die Frage betrieblicher Innovationsfähigkeit in den letzten Jahren immens an Bedeutung gewonnen. Von erfolgreichen Innovationen erwartet man in der öffentlichen politischen Diskussion eine Veränderung des Produkt- und Leistungsspektrums, mit deren Hilfe es den Unternehmen am ehesten gelingen sollte, dem sich verschärfenden weltweiten Kostenwettbewerb zu entgehen. Demgegenüber gelten herkömmliche Strategien der Produktivitätssteigerung zur Sicherung von Arbeit und Beschäftigung an Hochlohnstandorten nur mehr als begrenzt Erfolg versprechend.

Die Institutionen der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung werden von einer breiteren Öffentlichkeit freilich eher als „Innovationsbremse“ denn als innovationsförderliche Rahmenbedingung wahrgenommen. Mitbestimmung steht hier im Ruf, Innovationen durch Prozeduren langwieriger Abstimmung und Konsensorientierung zu behindern.

### Mitbestimmung als „Innovationsbremse“?

Die Untersuchung zielt darauf ab, einen empirisch fundierten Beitrag zu dieser Debatte zu liefern. Die zentrale Untersuchungshypothese lautet, dass für betriebliche Innovationen eine Reihe von Problemkonstellati-

onen charakteristisch ist, die von der vorherrschenden Innovationsdebatte unterbelichtet werden. Hierbei han-



delt es sich um Probleme, die sich insbesondere aus der zunehmend projektförmigen Organisation betrieblichen Innovationshandelns, aus steigenden Anforderungen an den Wissenstransfer innerhalb von Unternehmen und den dafür notwendigen Kommunikationsstrukturen sowie aus der Frage der optimalen Nutzung, Erhaltung und Erweiterung von Innovationskompetenzen ergeben.

### Regulierungsbedarf bei Innovationsprozessen

Die erfolgreiche Organisation von Innovationsprozessen ist damit auf spezifische Ressourcen sowie auf betriebliche Rahmenbedingungen angewiesen, die die adäquate Nutzung dieser Ressourcen (zum Beispiel individuelle wie organisationale Wissensbestände, funktionierende Kooperationsstrukturen) unterstützen und fördern. Um dies zu gewährleisten, ergeben sich für die Betriebe spezifische Regulierungsbedarfe, die im vorherrschenden Innovationsdiskurs weitgehend ausgeblendet werden und für die charakteristisch ist, dass sie die Möglichkeiten der Selbstregulation übersteigen.

Dies heißt nicht, dass die Möglichkeit zur Selbstregulation, zumal im Bereich hoch qualifizierter Beschäftigter, für den Erfolg von Innovationen unwichtig wäre. Um betriebliche Inno-

vationsressourcen zu sichern und zu fördern, bedarf es für die Beteiligten jedoch auch gesicherter und möglichst verbindlicher Spielregeln für Innovationsprozesse. Diese Spielregeln, etwa für den Umgang mit überdurchschnittlichen Arbeitszeiten, für die Institutionalisierung eines funktions- und bereichsübergreifenden Wissenstransfers oder für den Umgang mit den Unwägbarkeiten

von Innovationsprojekten, stellen jeweils mögliche Gegenstände und Ansatzpunkte für Mitbestimmung dar.

### Dreifache Zielsetzung des Projektes

Vor diesem Hintergrund verfolgt die Untersuchung eine dreifache Zielsetzung: Erstens geht es darum, die für die erfolgreiche Organisation von Innovationsprozessen typischen Regulierungsbedarfe zu ermitteln. Zweitens sollen die Interessenorientierungen der mit Innovationsarbeit Beschäftigten (insbesondere hoch qualifizierter Arbeitnehmer) in Bezug auf diese Regulierungsbedarfe erfasst werden. Drittens soll das Projekt anhand von „good practices“ zeigen, ob und ggf. wie Mitbestimmung in der Lage ist, die Spielregeln für Innovationshandelns mitzugestalten.

Das Projekt will diesen Fragen mit Hilfe von kontrastierenden Fallstudien in unterschiedlichen Feldern von Industrie und Dienstleistungen nachgehen. Die Fallstudien sollen sowohl unterschiedliche Innovationskonstellationen (Konstellationen mit „hohen“ und mit „begrenzten“ Ungewissheiten des Innovationshandelns) abbilden als auch die Einbettung von betrieblichen Innovationsprozessen in unterschiedliche (zum Beispiel in „starke“ oder „schwache“) Mitbestimmungskulturen berücksichtigen.

## Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland Rüdiger Mautz, Andreas Byzio, Wolf Rosenbaum: Auf dem

*Rüdiger Mautz, Andreas Byzio, Wolf Rosenbaum: Auf dem Weg zur Energiewende. Die Entwicklung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien in Deutschland. Universitätsverlag Göttingen, 2007.*

Die Frage nach Mitteln und Wegen einer Energiewende ist in der öffentlichen Debatte und in der politischen Auseinandersetzung zum „Top-The-

Buches „Auf dem Weg zur Energiewende“ wider, das auf einer von der DFG geförderten SOFI-Studie basiert. Zum einen rekonstruieren die Autoren, wie aus der utopischen Vision „sanfter“ Energien und dezentralisierter Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen allmählich sich stabilisierende sowie von politischen Fördermaßnahmen flankierte Innovations- und Technikpfade hervorgingen. Zum anderen

dominierende Paradigma im Stromsektor geworden sind. Dessen wesentliche Merkmale sind (erstens) die Nutzung fossil-atomarer Energieträger, (zweitens) die Zentralisierung der Stromproduktion und -distribution im Rahmen eines auf Großkraftwerken und weiträumigen Stromtransporten gestützten Verbundsystems und (drittens) die von der Leitnorm der öffentlichen Versorgungssicherheit unterstützte Herausbildung und Festigung oligopolistischer Branchenstrukturen. Die Grundprinzipien des alternativen – sozialökologischen – Paradigmas lauten demgegenüber: dezentralisierte Erzeugungs- und Versorgungsstrukturen; pluralisierte Akteursstrukturen; Ökologie als Leitnorm.



### **Dezentralisierte Innovationsverläufe und Diffusionssysteme**

Die Entfaltung typischer Innovationsprozesse im Bereich erneuerbarer Energien ist ein zentraler Untersuchungsgegenstand des Buches. Die im Rahmen der deutschen Entwicklung schon früh einsetzende Nischendynamik ermöglichte Lernkurven, die sich nicht nur auf technische Weiterentwicklungen in den diversen regenerativen Energiesparten beschränkten. Sie erstreckten sich auch auf dezentrale Organisationsformen regenerativer Stromerzeugung (etwa im Bereich von Bürgerkraftwerken) sowie auf die Herausbildung wirksamer politischer Steuerungsformen und Governance-Strukturen. Unter diesen für dynamische Nischenentwicklungen günstigen Rahmenbedingungen konnten sich dezentralisierte Innovationsverläufe und Diffusionssysteme mit ihren spezifischen Stärken entfalten. Diese lagen zum einen darin, dass ein Potenzial von dezentralen Multiplikatoren mobilisiert und genutzt werden konnte, über die sich die Techniken im sozialen Raum – zum Beispiel innerhalb formeller wie informeller Netzwerke – weiter verbreiteten. Die zweite Stärke resultierte daraus, dass das innovative Potenzial der Anwenderseite im Rahmen

ma“ geworden - im wesentlichen durch die seit Anfang 2007 veröffentlichten Berichte des Weltklimarats „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPPC) zu den Ursachen sowie den absehbaren Folgen des globalen Klimawandels. Die Aktualität des Themas verdeckt, dass der heutigen Debatte hierzulande ein bereits seit über 30 Jahren andauernder Prozess der Verbreitung moderner Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien vorangegangen ist. Mittlerweile sind Wind-, Solar- oder Bioenergie in der öffentlichen Wahrnehmung zu den vielleicht wichtigsten Hoffnungsträgern für einen nachhaltigen Umbau des Energiesystems geworden.

### **Von der Vision „sanfter“ Energien zur Etablierung und Expansion**

Die Tatsache, dass die erneuerbaren Energien sowohl eine „Geschichte“ als auch hohe Aktualität haben, spiegelt sich in den zentralen Thesen des

werden gegenwärtige Entwicklungspotenziale der regenerativen Energien sowie mögliche Hemmnisse und ambivalente Folgen ihrer Expansion untersucht. Ziel der Studie ist, das Spannungsfeld von Entwicklungskräften und Gegenkräften der „Erneuerbaren“ zu beschreiben. Damit soll der Blick geschärft werden für die soziale Dynamik, die der Energiewende vorwärts treibende Impulse gibt, aber auch ernsthafte Hindernisse in den Weg stellen könnte.

Mit der (Wieder-)Entdeckung und Diffusion der Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen durchläuft das deutsche Stromsystem seit den 1980er Jahren einen anfangs noch zaghaften, mittlerweile jedoch an Dynamik gewinnenden Transformationsprozess. Die Autoren des Buches beschreiben diesen Prozess als Konfrontation zweier Paradigmen, in deren Verlauf die erneuerbaren Energien zu einer Herausforderung für das

# Weg zur Energiewende – ein neues Buch zur Klimadebatte

rekursiver Hersteller-Anwender-Beziehungen zur Geltung kommen und zu einer der treibenden Kräfte technologischer Lernkurven werden konnte.

## Folgen des Wandels des energiepolitischen Rahmens

Flankiert wurde die Verbreitung erneuerbarer Energien von dem Wandel des energiepolitischen Rahmens, der von der seit Ende der 1990er Jahre erfolgten Liberalisierung und Neuregulierung des deutschen Stromsektors ausgelöst wurde. Das institutionelle Gefüge, in das die Stromwirtschaft vormals eingebunden war, ist geöffnet worden. Dadurch bieten sich Spielräume für neue Akteure, zum Beispiel im Bereich der Erzeugung und Vermarktung „grünen“ Stroms. Für die traditionellen Akteure der Stromwirtschaft eröffnet die Liberalisierung neue Marktchancen, führt aber auch zu einer ungewohnten Situation: Unter anderem wird nun Wettbewerb um Endkunden möglich, die Einführung von Effizienzvergleichen wird

der etablierten Stromkonzerne nach wie vor ein mächtiger Akteur gegenübersteht, der den Stromsektor strukturell dominiert - und weiterhin Strategien verfolgt, die auf eine längerfristige Sicherung des fossil-atomaren Energiepfades abzielen. Es ist aber nicht nur der Gegenwind, der von den großen Stromkonzernen drohen könnte. Die Verfechter erneuerbarer Energien stehen, wie in dem Buch gezeigt wird, vor weiteren, neuen Herausforderungen: Sie sind konfrontiert mit vorher nicht gekannten Problemen der Netzintegration sowie mit wachsenden Konfliktpotenzialen und brancheninternen Leitbildkontraversen.

## Abgrenzungen zum traditionellen Stromsystem werden diffuser

Mit dem Erfolgskurs der erneuerbaren Energien setzt ein Prozess ein, in dessen Verlauf – so eine der zentralen Thesen des Buchs – das ursprünglich scharfe Profil des neuen Paradigmas in seiner Abgrenzung zu Leitmerkmalen

erzeugten Stroms deutlich, dass der gesetzlich garantierte Einspeisevorrang für „Ökostrom“ – und damit die praktische Umsetzung der Leitnorm Ökologie – nur dann aufrechterhalten werden kann, wenn die Stromeinspeiser aus der Regenerativbranche mehr als bisher aktiv zur optimalen Netzeinbindung ihrer Erzeugungstechniken beitragen. Drittens bringen die zunehmende Verbreitung regenerativer Stromerzeugung, das Größenwachstum der Erzeugungstechniken sowie der Trend zur Zentralisierung mit sich, dass auch die erneuerbaren Energien zur Umweltbelastung werden und ökologische Kosten verursachen können. Dies führt nicht selten zu Auseinandersetzungen im ökologischen Lager und provoziert zudem Widerstände in der Bevölkerung, sofern man die eigene Lebensqualität durch nahe gelegene Anlagen zur regenerativen Stromerzeugung (Windparks, Biogasanlagen, große Freiland-Solaranlagen) beeinträchtigt sieht.

## Prinzipien des alternativen Paradigmas im Wandel

Mit der Expansion der regenerativen Stromerzeugung wurde ein Transformationsprozess des deutschen Stromsektors eingeleitet, der noch keineswegs abgesichert und abgeschlossen ist. Im Zuge dieses Prozesses haben sich die Prinzipien des alternativen Paradigmas erheblich gewandelt. Für die zukünftige Entwicklung der „Erneuerbaren“ gibt es inzwischen mehr als nur eine Option. Die neue Offenheit auf der Ebene der Leitprinzipien, so das Resümee der Autoren, könnte der Expansion der erneuerbaren Energien weitere Schubkraft verleihen, aber auch eine bereits heute sichtbare Tendenz zur Polarisierung von Akteursstrategien und Zieldefinitionen unter den alternativen Stromproduzenten verstärken - etwa in der Frage der Integration erneuerbarer Energien in das Stromsystem oder in der Auseinandersetzung um dezentrale oder zentralisierte Wege ihres weiteren Ausbaus.



geplant, ebenso eine kostenorientierte, Erlösbergrenzen definierende Anreizregulierung für Netzbetreiber.

Bei allen Erfolgen, die die Branche der erneuerbaren Energien in den letzten Jahren erzielen konnte: Festzuhalten bleibt, dass ihr in Gestalt

des traditionellen Stromsystems diffuser geworden ist. Erstens zeichnet sich auch im Bereich der Stromerzeugung aus regenerativen Energien ein Trend zur wachsenden Anlagengröße sowie zur Zentralisierung bestimmter Erzeugungstechnologien ab. Zweitens wird mit der Zunahme regenerativ



## Aus dem Institut Sprecher der Forschungsschwerpunkte als Teil der erweiterten Institutsleitung

Seit September dieses Jahres gibt es im SOFI gewählte Sprecher der drei Forschungsschwerpunkte. Martin Kuhlmann vertritt den Schwerpunkt

„Arbeit im Wandel“ und kontinuierlicher mit Diskussionen im Rahmen der Forschungsschwerpunkte zu verbinden. Zugleich soll die Zusammenarbeit in



M. Kuhlmann



M. Faust



P. Bartelheimer

„Arbeit im Wandel“, Michael Faust den Schwerpunkt „Wandel von Produktions- und Innovationsmodellen“, Peter Bartelheimer den Schwerpunkt „Sozialmodell: Arbeit – Bildung – Lebensweise im Umbruch“. Die Sprecher wurden von den MitarbeiterInnen in den jeweiligen Forschungsschwerpunkten auf zwei Jahre gewählt und fungieren zusammen mit dem Direktorium als Teil der erweiterten Institutsleitung.

Die neue Position des Schwerpunktsprechers bzw. der Schwerpunktsprecherin wurde geschaffen, um zentrale Leitungsaufgaben wie Forschungs-, Akquisitions- und Publikationspla-

nung enger und kontinuierlicher mit Diskussionen im Rahmen der Forschungsschwerpunkte zu verbinden. Zugleich soll die Zusammenarbeit in und zwischen den Forschungsschwerpunkten intensiviert und verstetigt werden. Ziel ist nicht der Aufbau einer Abteilungsstruktur. Vielmehr sollen die Forschungsschwerpunkte zu eigenständigen Impulsgebern der Institutsentwicklung ausgebaut werden.

Die Sprecher/innen fungieren damit nicht allein als Vertretungen ihrer jeweiligen Forschungsschwerpunkte. Sie leisten vielmehr einen eigenständigen Beitrag zur Entwicklung einer Gesamtstrategie des SOFI, die gerade auch von der engen Verbindung unterschiedlicher Forschungsschwerpunkte und der dort angesiedelten Kompetenzen lebt.

## Mitbestimmungspraxis: List der Vernunft?

*Beitrag von Michael Schumann zur Konferenz der Hans-Böckler-Stiftung/IG Metall über „Herausforderungen für die Aufsichtsratsarbeit“*

Unter der Überschrift „Strategiewechsel bei der Mitbestimmung“ vertrat Michael Schumann folgende Kernthesen:

Alle sprechen vom Machtzugewinn der Shareholder. Durch die Umfunktionalisierung des Aufsichtsrats vom Kontroll zum Mitgestaltungsgremium könnten die Kapitalvertreter nun auch dem Unternehmensvorstand die Politik diktieren. Im Beschäftigteninteresse gegenzuhalten wird noch schwieriger.

Der Vorschlag für die Arbeitnehmerbank: Die Governance-Veränderungen selbst offensiv besetzen. Es bietet sich eine Doppelstrategie an: Die Kontrollfunktion ermöglicht weiterhin, das wirtschaftspolitische Kerngeschäft um Rendite, Investment und Standorte kritisch gegenzulesen. Hier steht die bestmögliche Absicherung der Beschäftigteninteressen auf der Tagesordnung.

Doch die im Shareholder-Interesse erfolgte Erweiterung der Aufsichtsratsfunktion könnte auch von der Arbeitnehmerbank genutzt werden: Mit eigenen Vorschlägen zur Gestaltung der Personal und Arbeitspolitik. Dabei ginge es darum, die offenkundigen Schwächen der Kurzfriststrategie der Shareholder durch ökonomisch und sozial begründete, nachhaltige und zukunftsfähige Human-Ressourcen-Entwicklungen zu konterkarieren. Von Fall zu Fall lassen sich hier Bündnisse mit der Managementseite herstellen.

*Vgl. Michael Schumann: „Die Arbeit des Aufsichtsrats in mitbestimmten Unternehmen – neue Herausforderungen für die Arbeitnehmerbank“, Frankfurt 2007, SOFI Homepage.*

## Berufsbildungs-PISA nimmt Gestalt an

Die Arbeitsgruppe „Large Scale Assessment of Vocational Education and Training (VET-LSA)“, die vom SOFI (Prof. Dr. M. Baethge) koordiniert wird, hat organisatorisch und inhaltlich neue Ergebnisse erzielt: Nach mehreren internationalen Workshops schält sich immer stärker ein fester Kern möglicher Teilnehmerländer heraus: Neben den drei deutschsprachigen Ländern (Österreich, Schweiz, Deutschland) sind dies aktuell Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden, Slowenien und Spanien. Mit weiteren Ländern werden Gespräche geführt. Ein wichtiger inhaltlicher Fortschritt

ist mit der Erarbeitung von Messkonzepten für berufsspezifische Kompetenzen gelungen: Die Messkonzepte beruhen auf computer-basierten Simulationen komplexer Aufgaben aus authentischen Arbeitssituationen und weisen ein hohes Maß an Konstruktvalidität auf. Die von Prof. Dr. Reinhold Nickolaus (TU Stuttgart) für den gewerblich-technischen und Prof. Dr. Frank Achtenhagen (Uni Göttingen) für den kaufmännischen Bereich entwickelten Ansätze wurden auf zwei internationalen Workshops Ende September und Ende Oktober Experten präsentiert.



**Fortsetzung: Veröffentlichungen des SOFI von Juni bis Dezember 2007**

*Briken, Kendra/Kurz, Constanze/Moog, Petra/Wolf, Harald (2007):* Wissens- und Innovationstransfer von der Hochschule in die Wirtschaft: Institutionelle Anreizstrukturen und Arbeits- und Berufsorientierungen von Biowissenschaftlern. In: Ulrich Wengenroth, Hagen Hof (Hrsg.): Innovationsforschung - Ansätze, Methoden, Grenzen und Perspektiven. Münster: LIT-Verlag, S. 171-185.

*Faust, Michael/Bahn Müller, Reinhard (2007):* Die Zeit der Aktienanalysten. In: Langenohl, Andreas/Schmidt-Beck, Kerstin (Hrsg.): Die Markt-Zeit der Finanzwirtschaft. soziale, kulturelle und ökonomische Dimensionen, Marburg: Metropolis, S.37-74.

*Faust, Michael/Fisecker, Christiane; Bahn Müller, Reinhard (2007):* Was interessiert Analysten? Versuch über erklärungsbedürftiges Desinteresse

an Personalpolitik. In: Berliner Debatte Initial, 18 (2007), 4/5, S.16-26.

*Kädtler, Jürgen (2007):* Finanzmarktkapitalismus. Die Macht der Finanzmärkte und ihre Bedeutung für die Realökonomie. In: Amos 1 (2007), 4, S.3-9.

*Kirpal, Simone/Biele Mefebue, Astrid (2007):* „Ich habe einen sichern Arbeitsplatz aber keinen Job.“ Veränderung psychologischer Arbeitsverträge unter Bedingung von Arbeitsmarktflexibilisierung und organisationaler Transformation. Institut Technik und Bildung (ITB), Universität Bremen, ITB-Forschungsberichte 25/2007.

*Kurz, Constanze (2007):* Kompetenzprofile der Ingenieurinnen und Ingenieure im Wandel? In: Monico Greif (Hrsg.): Das Berufsbild der Ingenieurinnen und Ingenieure im Wandel. Facetten eines berufssoziologischen Veränderungsprozesses. VDI Beruf und Gesellschaft, Report 37. Düsseldorf, S. 58-79.

*Kühne, Stefan/Wieck, Markus (2007):* Ungenutzte Potenziale der Zuwanderer - Bildungsbeteiligung im nationalen Bildungsbericht. In: Dettling, Daniel/Gerometta, Julia (Hrsg.):Vorteil Vielfalt. Herausforderungen und Perspektiven einer offenen Gesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 135-148.

*Rosenbaum, Wolf (2007):* Mobilität im Alltag - Alltagsmobilität. In: O. Schölller, W. Canzler, A. Knie (Hrsg.): Handbuch Verkehrspolitik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, S. 549-572.

*Solga, Heike (2007):* Bildung für alle (?). In: Doris Lemmermöhle und Marcus Hasselhorn (Hrsg.), Bildung – Lernen. Verlag: Wallstein Verlag GmbH, S. 146-165.

*Wieck, Markus (2007):* Unbewältigte Übergangsprobleme in der Berufsbildung: Vertiefung sozialer Spaltungen. In: Jugend Beruf Gesellschaft, Zeitschrift für Jugendsozialarbeit, 58. Jg., H. 2/2007, S. 118-130

**Informationen zu allen Veröffentlichungen des SOFI seit 1990 sind im Internet zu finden unter: „www.sofi.uni-goettingen.de“ - in der Rubrik „Publikationen“.**

**Forschungskolloquium im WS 07/08**

Das Kolloquium findet jeweils von **16.15 Uhr bis 18.30 Uhr** in der Bibliothek des SOFI, Friedländer Weg 31 in Göttingen statt.

**Termine im Januar:**

**Fr., 11.1.08: Arbeitskreis Arbeitssoziologie (SOFI):** Krise der Industrie-soziologie? - eine Debatte

**Fr., 25.1.08: Heidemarie Hanekop, Volker Wittke (SOFI):** Anwender als (Ko-)Innovatoren. Zu den sozialen Voraussetzungen internet-basierter Anwenderbeteiligung in Innovationsprozessen

Als weitere Sitzung ist im Januar vorgesehen:

**Martin Baethge, Lena Arends (SOFI), Frank Achtenhagen (Uni Göttingen):** Berufsbildungs-PISA

*Der genaue Termin steht noch nicht fest. Er wird über die SOFI-Homepage bekannt gegeben.*

Texte für die Kolloquien liegen etwa eine Woche vor den jeweiligen Sitzungen im Geschäftszimmer des Instituts für Soziologie und im SOFI als Kopiervorlage aus oder können per E-Mail bei [istahn@gwdg.de](mailto:istahn@gwdg.de) bezogen werden. *Kurzfristige Änderungen im Internet: [www.sofi.uni-goettingen.de](http://www.sofi.uni-goettingen.de).*

**Personalia**

**Prof. Dr. Heike Solga** wurde zur Vorsitzenden des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten gewählt.

**Carmen Lanfer**, die seit Januar 2003 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am SOFI beschäftigt war, wechselte im August 2007 zur Geschäftsstelle Innovative Weiterbildung beim Projektträger DLR.

**Claudia Kretschmann, MA**, ist seit dem 15. November 2007 als neue Mitarbeiterin am SOFI tätig.

**Frauke Sanders**, seit Juni 2003 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am SOFI, scheidet zum Jahresende aus und wird Referentin des Betriebsrats bei der Volkswagen AG.

Das SOFI im Internet: [www.sofi.uni-goettingen.de](http://www.sofi.uni-goettingen.de)